

EU/Deutschland/Verfassung/

Konvent für Deutschland gegen EU-Verfassungsentwurf =

Berlin (dpa) - In der Diskussion um die EU-Verfassung hat sich der Konvent für Deutschland, ein Beratergremium unter Vorsitz von Alt- Bundespräsident Roman Herzog, gegen eine Wiederbelebung des abgelehnten Textes ausgesprochen. Die Bundesregierung solle darauf keine Energie verwenden, forderte der Konvent am Donnerstag in Berlin. Die Regierung solle sich stattdessen um eine Herauslösung und Ratifikation der notwendigen und sinnvollen Teile des Vertrages - vor allem zur Weiterentwicklung des Vertrages von Nizza - bemühen.

Die Bundesregierung will die Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrages über das erste Halbjahr 2006 hinaus fortführen. Unter deutscher Ratspräsidentschaft will sie im ersten Halbjahr 2007 neue Anstöße geben. Dazu der Konvent: «Eine 'Verfassung' mit 448 Artikeln und einer äußerst komplexen Struktur kann das Ideal der Bürgernähe noch so sehr proklamieren: Sie wird von den Bürgern nicht verstanden und daher zu Recht abgelehnt.»

Der Konvent für Deutschland versteht sich als überparteiliches und unabhängiges Beratergremium für die Politik. Zu ihm gehören neben Herzog unter Klaus von Dohnanyi (SPD) und Otto Graf Lambsdorff (FDP), die frühere Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, der Unternehmensberater Roland Berger und der frühere Industrie- Präsident Hans-Olaf Henkel. dpa ki yzz ol